

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Am Sale höherer Gehalts, Betriebsführung, Streik u. s. w. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., die 30spaltige 10 Pfg., die 20spaltige 7 Pfg., die 15spaltige 5 Pfg., die 10spaltige 3 Pfg., die 5spaltige 1 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung und unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mtl. das Zustell-, auswärts Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 31

Dienstag, den 12. März 1929

31. Jahrg.

## Neues in Kürze.

- Die Württembergische Württembergische ist am Sonnabend zu Ende gegangen. Da die deutsche Württembergische im Falle Ullrich nicht durchzuführen war, erhielt sich die Württembergische der Württembergische und behielt sich ein erneutes Sorgen vor.
- Der Reichsrat hat den Notensatz, der für ein Vierteljahr gilt, angenommen.
- Die mexikanischen Aufständischen haben die Stadt Cuarez angegriffen. Das Schicksal der Revolution ist nach allem noch nicht entschieden.
- Die Reichsminister-Sachverständigen-Berhandlungen gehen wöchentlich am Montag weiter. Die Hauptfragestellung bildet nunmehr die Höhe der deutschen Reparationszahlung.

## Notensatz vom Reichsrat angenommen.

Höchstgrenze des Haushalts: Ein Viertel des alten Pfandes. — Berlin, 8. März.

Der Reichsrat hat am Sonnabend eine öffentliche Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung der Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1929 stand.

Namens der Ausschüsse berichtete Ministerialdirektor Dr. Brecht, der betonte, daß der vorliegende Notensatz ganz nach Maßgabe der früheren Notensätze aufgestellt worden ist. Der Notensatz soll für drei Monate gelten. Als Höchstgrenze der Ausgaben sollen 1/4 der für das Haushaltsjahr 1928 bewilligten Beträge gelten. Es darf aber nicht hinausgegangen werden über 1/4 der Beträge, die im Haushaltsjahr 1929 enthalten sind. Die Vollverleumdung nahm den Notensatz nach den Beschlüssen der Ausschüsse an.

## Sachverständige für Zentralbank.

Aussprache in der Vollkonferenz.

Paris, 8. März.

Die Vollversammlung der Sachverständigen begann Freitag vormittag mit der Generalaussprache über den Plan der Gründung des Zentralinstitutes. Die Aussprache wurde nachmittags in Form einer Einzelaussprache fortgesetzt.

In allgemeinen bestand Einverständnis mit dem vorgelegten Plan einer Zentralbank, während sich der Gegenstandswort vor allem dessen Organisation anwandte. Auch der Finanzwissenschaftler berichtete über seine Tätigkeit. Strittig ist noch die Frage, ob der bereits vorhandene Ausschuss, der sich mit der Ausarbeitung des Planes für die Zentralstelle beschäftigt, in diesem als leitende Körperschaft aufgenommen werden soll, oder ob die Zentralstelle die Befugnis erhalten wird, das Direktorium selbst zu ernennen. Wahrscheinlich werden auch die nationalen Notenbanken zu der Gründung des Instituts beizutragen werden.

## Die weiteren Pariser Verhandlungen.

Es geht um die Höhe der deutschen Schuld.

Paris, 9. März.

Wahrscheinlich werden die Sachverständigen-Verhandlungen in Paris am Montag fortgesetzt. Es ist allerdings möglich, daß man erst am Mittwoch mit der Fortsetzung der Besprechungen beginnt, weil Reichsanwalt Dr. Schacht eine kurze Reise nach Deutschland machte, um einer Sitzung in seiner Familie beizuwohnen.

Ganz einverstanden sind die Sachverständigen, wie weiter bekannt wird, noch nicht mit der vorgelegten Zentralbank, obwohl sie sie grundsätzlich gutheißt. Die Schwierigkeiten liegen jedoch noch in Einzelheiten und vor allem in der Frage, wie hoch Deutschlands Gesamtschuld bestimmt werden soll. Ueber diesen Punkt hat man noch keinerlei Einigkeit, es ist noch nicht einmal eine Basis für gemeinsame Verhandlungen über die Höhe der Reparationszahlung gefunden worden. Es ist daher noch nicht mit Sicherheit anzunehmen, ob der Plan der Zentralbank durchgesetzt werden wird.

## Das Minderheiten-Kompromiß.

Doch ein Dreier-Ausschuß gebildet.

Genf, 8. März.

Der deutsch-französische Vorschlag für die Minderheiten ist nun doch in einem dreigliedrigen Ausschuss geendet, der auf Vorschlag des spanischen Botschafters gebildet und in der letzten Nachmittagssitzung des Rates bekanntgegeben wurde. Dem Ausschuss gehören außer Botschafter der Spanier Quinones de Leon und der englische Außenminister Chamberlain an. Bis zum 15. April können sämtliche Signatursstaaten der Minderheitenverträge sowie sämtliche Wirtschafsstaaften dem Ausschuss Beiratslungen einreichen.

Der Ausschuss kann alle Anträge einbringen, die er für erforderlich hält. In einer angemessenen Frist vor der nächsten Ratstagung tritt ein „Ratskomitee“ zusammen, in dem alle Ratsmitglieder vertreten sind, entweder durch die Ratsmitglieder selbst oder durch deren Stellvertreter. Das Ratskomitee wird von dem Ausschuss einzureichen Bericht

einer unverändlichen Vorprüfung unterzogen. Die Entscheidung über die auf diese Weise aufzubereiteten Vorschläge fällt sodann der Rat während seiner anschließenden offiziellen Tagung.

Es ist anzunehmen, daß mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Frage der Ratsmitglieder auch an der Tagung des Ratskomitees persönlich teilnehmen.

Von den Beschlüssen des Rates hängt somit alles weitere ab. Ob das provisorische Arbeitskomitee, d. h. der Dreier-Ausschuß, auch nach der Tagung seine Tätigkeit zur Behandlung weiterer Einzelfragen fortsetzen wird, steht noch dahin. Die Juntagung des Rates wird also mit einer Minderheitenkomitee eingeleitet werden.

Die Aufnahme des Kompromisses in der internationalen Presse zeigt bereits die Bedeutung des Abkommens. Während die französischen, polnischen und übrigen minderheitensüchtigen Zeitungen den Beschluß des Ratskomitees begrüßen, ist die deutsche Presse fast in ihrer Gänze der Ansicht, daß es sich um „ein lautes Kompromiß“ handle.

In Kreisen der deutschen Delegation in Genf geschätzt man inebidem das Ergebnis als insofern befriedigend, daß der Rat vor der nächsten Tagung in seiner Gesamtheit werde zusammentreten müssen, um sich abzulassen mit der Minderheitenfrage zu befassen. Dieser Tagung werde wahrscheinlich in Genf stattzufinden und jedem Mitglied die Möglichkeit geben, neue Anträge und Forderungen einzubringen. Von deutscher Seite würden dabei die gleichen Anträge eingebracht, wie sie Dr. Stresemann auf der letzten Ratstagung vorgebracht habe.

## Finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten.

Was wird aus dem Fall Ullrich?

Genf, 8. März.

Auf der heutigen Vormittagsitzung des Rates sollte ursprünglich der Fall Ullrich zur Debatte gestellt werden. Da die diplomatischen Verhandlungen hierüber aber noch nicht zu Ende geführt waren, verhielt man diese Debatte und beriet den Bericht des Finanz Ausschusses, in dem ein Abkommen vorgeschlagen wird, das die finanzielle Unterstützung der Wirtschaften der Kriegesgefahren und Kriegesgefahren vorzieht. Zu diesem Zweck soll eine finanzielle Organisation gebildet werden, ferner soll eine internationale Anleihe auf allen großen Märkten aufgenommen werden, wobei dem angegriffenen Staat die moralische Unterstützung in Form einer internationalen Garantie zu gewährt werden soll. Der Bericht wurde schließlich angenommen.

Aus den diplomatischen Verhandlungen über den Fall Ullrich wurde noch bekannt, daß man auf deutscher Seite jetzt weniger für die Freilassung Ullrich eintritt als vielmehr Garantien anstrebt, um eine objektive Durchführung des Projektes zu sichern. Schließlich fordert man von deutscher Seite die Entsendung eines Ratsdelegierten, der den Verlauf der Gerichtsverhandlung überwachen solle. Naturgemäß rüft die Forderung auf den allerhöchsten Wortschatz des Reiches. Ueber die gleiche Frage hatte Dr. Stresemann mit dem Berliner polnischen Gesandten Knoll eine Unterredung.

## Deutschland wartet das Gerichtsverfahren ab.

Genf, 9. März.

Der Ratskomitee trat am Vormittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der als Hauptpunkt die Beschwerte wegen der Verhaftung des Führers des Deutschen Volksbundes in Oberösterreich, Ullrich, stand.

Zunächst kamen allerdings eine Anzahl weitere Beschwerden der deutschen und polnischen Minderheiten zur Sprache, zu denen der Berichterstatter Ullrich ausführte, daß die polnische und deutsche Regierung als Unterzeichner des Oberösterreich-Abkommens eine Vereinbarung getroffen hätten, die Streitfragen durch direkte Verhandlungen zu regeln. Ueber die Zulassung von Kindern zu den Minderheitenschulen läge ein Gutachten der Juristen vor, wonach auch die Kinder in die Minderheitenschulen aufgenommen werden könnten, die die Minderheitsrechte nicht genügend beherzigen. Ferner brauchten die Erziehungsbehörden auch nicht persönlich die Erklärung über die Sprachzugehörigkeit des Kindes abzugeben. Damit war der polnische Standpunkt als falsch erwiesen. Einige Beschwerden der Polen in Deutschland wurden durch die bereits erfolgten Anordnungen der Regierung für erledigt erklärt.

Hierauf verlas der Berichterstatter Ullrich den Bericht über die Beschwerde des Deutschen Volksbundes über die Verhaftung Ullrich und führte dann aus, daß nach einer Erklärung die polnische Regierung nicht in das Verfahren eingreifen könne, da Ullrich auf Grund des Art. 15 des polnischen Strafgesetzbuches verhaftet worden sei. Auch eine internationale Organisation könne das Verfahren nicht aufhalten.

In einer kurzen Erklärung untertrifft der polnische Außenminister Jaksch die Unmöglichkeit eines Eingreifens und versichert, daß die polnische Gerichtsbehörde alle nach der Gesetzgebung möglichen Garantien für die Definitivität des Verfahrens annehmen würde. Man dürfe nicht glauben, daß das Verfahren gegen die deutsche Minderheit gerichtet sei (?).

## Reichsaußenminister Stresemann

ergriff hierauf das Wort zu einer Erklärung, die mit Spannung angehört wurde. Nach den losen gehörten Erklärungen, so führte er aus, nehme ich an, daß der Ratstag gegen den Bericht mit Sorgfalt durchgeführt werden soll und daß der Vertreter Polens die in der Definitivität des Verfahrens liegende Garantie ebenso glaubt in Aussicht stellen zu können, wie die Garantie dafür, daß es sich nicht um ein Verfahren gegen Ullrich wegen seiner Eigenschaft als Führer der Minderheit handeln soll.

Ich würde durchaus den Grundsatze der Unabhängigkeit der ordentlichen Rechtspflege und habe Verständnis dafür, daß die Mitglieder des Rates jetzt nicht ohne weiteres in der Lage sind, zu nehmen. Ullrich erheben Bestätigung sachlich Stellung zu nehmen. Ullrich besteht für mich die Tatsache, daß die deutsche Minderheit selbst die Bestätigung ihrer Führer als einen Beweis gegen sie geführt hat, was aufweist und dadurch in außerordentliche Erregung versetzt worden ist.

Anfangs dieser Tagung kann ich die Angelegenheit durch die im Bericht enthaltenen und durch die Vertreter Polens abgegebenen Erklärungen nicht als endgültig erledigt ansehen. Da der Vertreter Polens selbst gesagt hat, daß die Behandlung der Angelegenheit ausschließlich von den polnischen Gerichtsböörden abhängt, ist ein endgültiges Urteil darüber erst möglich, wenn nach Beendigung des Verfahrens das polnische Urteil mitteilen hat, ob sich die in jenen Erklärungen ausgesprochenen Garantien tatsächlich erfüllt haben.

Ich muß mich deshalb, ohne dem Bericht formell zu widersprechen, aber auch ohne ihm ausdrücklich zustimmen, vorbehalten, nach Erledigung des Gerichtsverfahrens nötigenfalls auf die Angelegenheit vor dem Ratskomitee zurückzukommen.

Ohne weitere Aussprache wurde sodann der Bericht des Ausschusses Ullrich vom Rat unter Stimmentausch des Deutschen Ratsmitgliedes Dr. Stresemann angenommen.

Der Rat hat noch die geplante Anleihe der Saartregierung zur Debatte, die aber auf Antrag des Berichterstatters vertagt wurde. Dr. Stresemann begrüßte die Vertagung, weil man die Angelegenheit, die weittragende Bedeutung habe, zu einem späteren Termin genauer prüfen müsse.

Der Ratskomitee beschloß weiterhin die Grundsteinlegung für den neuen Württembergpalast am Tage der sechzigjährigen Gründungsfeier des Württembergbundes vorzunehmen.

## Nächste Ratstagung Anfang Juni in Madrid.

Der Ratskomitee hat in seiner Geheim Sitzung am Sonntag die gleichzeitig die Tagung beschloß, die Einladung des spanischen Botschafters, die nächste Ratstagung in Madrid abzuhalten, angenommen. Die Tagung wird Anfang Juni stattfinden.

## „Welche Räuberhöhle!“

Großer Standal in der Pariser Kammer.

Paris, 8. März.

Die seit Tagen herrschende Nervosität über die Krise in Frankreich hat sich in der Kammer in einem ungewöhnlichen Zwischenfall Luft gemacht. Zum ersten Male in der Geschichte des französischen Parlaments ist das Protokoll der vorangegangenen Kammerung abgelesen worden. In sich wäre diese Ablesung ohne große Bedeutung, wenn sie nicht mit der Begründung erfolgt wäre, daß dem Protokoll „unlautere Nachrichten“ zugrunde lägen.

Das Protokoll erwähnte, daß die Kommission für auswärtige Angelegenheiten einen Bericht in der Kammer eingebracht habe über die Wiederzulassung der Missionen gesellshaft. Diese Notiz war deshalb eingeleitet worden, um eine schnellere Diskussion der neuen Gesetzentwürfe vor dem Plenum zu ermöglichen. Ueber die Kommission hatte sich noch gar nicht damit befaßt. Sofort erhob sich auf den Seiten der Linken ein lebhafter Protest. Mehrere Abgeordnete beschuldigten die Regierung, daß sie hier „unlautere Nachrichten“ angewandt habe. Es kam zu beispiellosen Tumulten.

Sunderbeim von geballten Fäusten wiesen auf Poincaré, der sich, weit vor Zorn, verständlich zu machen suchte. Minutelang wurde seine Stimme von den erregten Zwischenrufern, die zwischen den Parteien hin- und hergingen, überhört. „Welche Räuberhöhle!“ polterte Poincaré los. „Die Regierung hat keine Nachrichten und es ist recht keine unlauteren Nachrichten angewandt. Aber ich weiß ja, fährt er gegen die Linke gewandt fort, was sie wollen. Sie wollen die Regierung küssen.“

Sie warf wird der Ministerpräsident durch wütenden Tumult unterbrochen. Als er sich wieder verständlich machen kann, betont er, man solle doch den Mut aufbringen, die Regierung in offener Schmach gegenüberzutreten. Wieder werden Proteste laut, donnern die Pfeilbälle. Wieder hört man laute Aufforderungen: „Demission! Demission!“

Unter größter Aufregung schreitet die Kammer zur Abstimmung über das Protokoll, das durch Sandhaufen abgelehnt wird. Nun vollführt die Rechte einen Höllenmarsch. Sie schreit: „Vertra! Die Linke ruft, Demission!“ Dem Präsidenten bleibt nichts weiter übrig, als die Sitzung abbrechen.





## Anmeldung zur Schule.

Schulpflichtig werden mit dem neuen Schuljahre alle Kinder, die bis zum 30. Juni das 6. Lebensjahr vollenden. Für die Anmeldung wird die Zeit **von 2 bis 4 Uhr** am **Mittwoch** dieser Woche angelegt. Erforderlich sind Geburts-, Taufzeugnis und Impfschein.

Anmeldungen zur gebobenen Abteilung sind baldigst erwünscht.

Kemberg, den 11. März 1929.

Röpler, Rektor

**Alle** Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften liefert **Richard Arnold**, Buchhandlung, Leipzigerstr.

## Für Obstbau- und Gartenfreunde.

as. **Baumschnitt, nicht Baumquetschung!** In den Wintermonaten und mit Beginn der wärmeren Witterung sind im Obstkarten Messer, Scheren und Baumfägen wieder in voller Bewegung, oder sollten es wenigstens sein. Leider sieht man aber häufig, daß die hierzu verwendeten Werkzeuge alles andere als einwandfrei und praktisch sind. Mit rostigen Sägen, klemmenden Scheren und stumpfen Messern kann man aber nie den notwendigen präzisen glatten Schnitt erzielen, der die Voraussetzung für die schnelle Heilung der Wunden ist, zudem macht man sich selbst die Arbeit unnötig schwer. Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß jeder Schnitt eine Wunde gibt, die so schnell wie möglich heilen muß; darum sind auch größere Wunden mit Baumwachs, ganz große mit Zier zu befeuchten. Vor allem sind beim Baumfägen möglichst saubere, nicht überwallen können, sondern eintrudeln und das betreffende Auge oder den Stamm schädigen. Bei Entfernung größerer Äste gebe man der Schnittfläche eine etwas schräge, dem oberen

Teil des Stammes leicht zugeneigte Ebene. Man erreicht dies dadurch, daß man zunächst mit der Säge am unteren Teil des Astes einen Einschnitt macht, wodurch beim Herabfallen des Astes ein Einreißen in die Stammrinde vermieden wird, und dann erst von oben den Ast kunstgerecht möglichst dicht am Stamm abfägt. Hierauf wird der Rand und die ganze Schnittfläche mit einem scharfen Messer so nachgeschritten, daß das Ganze etwa ausfieht wie eine Stirnbeule, der Rand liegt also etwas tiefer als die Mitte. Beim Schnitt der Triebe auf ein bestimmtes Auge ist das Messer oder die Schere auf der dem Auge gegenüberliegenden Seite anzusetzen und der Schnitt etwas schräg nach demselben zu mit kurzem scharfen Rud auszuführen. Man merke also: kurze, scharfe präzisen Schnitt ergeben nur gute handliche Instrumente, die man aus der Geräteabteilung einer guten Baumschule beziehen kann.

## Gesangbücher

empfiehlt billigt **Richard Arnold**, Buchhandlung

## Reizende Neuheiten

**Jungmädchen- und Damen-Mänteln**  
empfiehlt in  
reichhaltiger Auswahl

**Wilhelm Weydanz**

## Ostertüten

zum 1. Schulgang in reicher Auswahl

ferner

Schultornister - Frühstückstaschen  
Schiefertafeln  
Schieferkästen

und alle sonstigen Schulbedarfsartikel  
zu haben bei

**Rich. Arnold, Buchhandlung**  
Kemberg, Leipziger Straße 64/65

## Einige Fuhrer Pferdedung

zu verkaufen **Mothes, Lubatz**

## Brennabor-Wagen

4flügel, el. Licht, Hal., 29000 km gefahren, garantiert betriebsfertig, äußerst preiswert zu verkaufen

**Auto-Heinze**  
Wittenberg, Berliner Straße 22

## Zur Frühjahrsbestellung

empfehlen wir

## Sommergerste:

Rimpaus Hanna I. Absaat

## Saathafer:

Petkuser Gelbhafer I. Absaat  
Schlanstedter Gelbhafer I. Absaat

## Sommerweizen:

Strubus Dickkopf I. Absaat  
Standart I. Absaat

## Förbiger Bankverein von Schröter, Körner & Co.

Kommanditgesellschaft auf Aktien  
Niederlage Kemberg, Telefon 215

## Prima Hammel- und Rindfleisch

empfiehlt **R. Krausemann**

## Prima Rind- und Hammelfleisch

empfiehlt **Ernst Bachmann**

## Empfehle am Mittwoch Pfann- und Spritzfuchen

**Sermann Busch**

## Ein Pferd

(Fuchs) zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

## Mehrere junge hochtragende Spannfühe

und zwei schöne jährige Zuchtfärken

verkauft preiswert

**Franz Kramer, Gadsig**

## Ziegen und Lämmer

kauft laufend und zahlt die höchsten Tagespreise

**Mothes, Lubatz**  
Ziegenzuchterei

## 4-6 Jahre gut durchgezogen

## Pferdedünger

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gegen **35 RM. Wochenlohn** werden für den Bezirk Kemberg 4-5 ehrl. Leute gesucht. Kurze Probezeit. **A. Heilmann, Leipzig C 1, 1073, Marktalleestr. 16**

## Christliches Mädchen

für **Lebensmittelfachgeschäft** bei 30-40 M. Lohn, guter Kost und Behandlung für sofort oder später gesucht

**D. Paul, Lutherstadt Wittenberg**  
Adlerstraße 22 - Telefon 168

## Automobil- u. Motorrad-Klub

**Kemberg und Umgegend**  
Donnerstag, den 14. d. Mts., findet im Klublokal eine

## außerordentliche Versammlung

statt. Betr. Haftpflicht u. Unfallversicherung - Neuaufnahmen.

## Der Vorstand

## M.-T.-V.

**Die Übungsstunden** finden von nun an wieder regelmäßig statt, und zwar:

Dienstag und Freitag von 1/2 9 Uhr an Jugend- und Männerabteilung.

Donnerstag von 1/2 9 Uhr an Damenabteilung.

Mittwoch von 7 Uhr an Schülerabteilung.

Büchliches Ergehen aller Turnpflichtigen verwartet

## der Oberturmwart

## Hotel „Blauer Hecht“

Mittwoch, den 13. März, abends 8 Uhr

## Gastspiel des Stadttheaters Wittenberg

Kälmins reizende Operette

## Die Czardasfürstin

in 3 Akten

Mitwirkende: Das gesamte Personal

Musikalische Leitung: Kapellmeister Georg Wack.

Spielleitung: Oberregisseur Leo Silber

Preise der Plätze: Sperrig (num.) 2.- Rm., 1. Platz (num.) 1.50 Rm., 2. Platz 1.- Rm., Galerie 60 Pf. **Borverkauf** bei **Richard Arnold**, Buchdruckerei, Leipziger Straße

## Gommlö

Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr im Saale des Herrn Kluge

## Lichtbilder-Vortrag

des Evangelisten Weiß über das Thema: „Der Weg zu Gott“ mit Flügelhornbegleitung des Redners, außerdem von demselben **Evangelisationsvortrag**: „Untergang oder Rettung“.

Eintritt: 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Hierzu ladet herzlich ein

**Pfarrer Ahmus**

## Nitrophoska

Kalkstickstoff  
schwefel. Ammoniak  
Leuna-Salpeter  
Kali-Ammon-Salpeter  
Natron-Salpeter  
Chilesalpeter  
Ammoniak-Superphosphat  
Superphosphat  
Thomasmehl  
Kali, Kainit

empfiehlt billigt

## Förbiger Bankverein v. Schröter, Körner & Co.

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Niederlage Kemberg.

Fernsprecher 215.

## Konfirmationskarten

empfiehlt in grosser Auswahl

**Richard Arnold, Buchhandlung**

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Auszöglers

## Wilhelm Schulze

sagen wir allen, die seiner gedachten mit Kranzspenden und Beileidsbezeugungen und die ihm das letzte Geleit zur Ruhestätte gaben, unsern herzlichsten Dank. Dank auch Herrn Pfarrer Schulze für die trostreichen Worte und Herrn Hauptlehrer Köchy nebst Schulkindern für den schönen Gesang.

Reuden, den 11. März 1929

**Die trauernden Hinterbliebenen**

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unendlich für Schreiber oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M. bis Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 31

Dienstag, den 12. März 1929

31. Jahrg.

## Neues in Kürze.

Die Märztagung des Völkerverbundes ist am Sonnabend zu Ende gegangen. Da die deutsche Vorkommung im Falle Ullrich nicht durchgedrungen war, entließ sich Stresemann der Zustimmung und behielt sich ein erneutes Sorgen vor. Der Reichsrat hat den Notausfall, der für ein Vierteljahr gilt, angenommen. Die mexikanischen Aufständischen haben die Stadt Cuarez angegriffen. Das Schicksal der Revolution ist noch allem nicht entschieden. Die Pariser Sachverständigen-Behandlungen gehen wohl weiterhin am Montag weiter. Die Hauptfrage bildet nunmehr die Höhe der deutschen Reparationsgulde.

## Notausfall vom Reichsrat angenommen.

Höchstgrenze des Haushalts: Ein Viertel des alten Planes. — Berlin, 9. März.



Der Reichsrat hat am Sonnabend eine öffentliche Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde der Notausfall für das nächste Vierteljahr beschlossen. Die Höchstgrenze des Haushalts wurde auf ein Viertel des alten Planes festgesetzt. Der Reichsrat hat auch die Höhe der deutschen Reparationsgulde für ein Vierteljahr festgelegt. Die Sitzung wurde am Montag weitergeführt. Die Hauptfrage bildet nunmehr die Höhe der deutschen Reparationsgulde.

## Die weiteren Pariser Verhandlungen.

Es geht um die Höhe der deutschen Schuld. — Paris, 9. März. Wahrscheinlich werden die Sachverständigen-Behandlungen in Paris am Montag fortgesetzt. Es ist allerdings möglich, daß man erst am Mittwoch mit der Fortsetzung der Verhandlungen beginnt, weil Reichsanwalt Dr. Schacht eine kurze Reise nach Deutschland machte, um einer Hochzeit in seiner Familie beizuwohnen. Ganz einverstanden sind die Sachverständigen, wie weiter bekannt wird, noch nicht mit der vorgeschlagenen Zentralbank, obwohl sie sie grundsätzlich aufheben. Die Schwierigkeiten liegen jedoch noch in Einzelheiten und vor allem in der Frage, wie hoch Deutschlands Gesamt Schuld befreit werden soll. Ueber diesen Punkt hat man noch keinerlei Einigkeit, ja es ist noch nicht einmal eine Basis für gemeinsame Verhandlungen über die Höhe der Reparationsgulde gefunden worden. Es ist daher noch nicht mit Sicherheit anzunehmen, ob der Plan der Sachverständigen durchgesetzt werden wird.

## Das Minderheiten-Kompromiß.

Doch ein Dreier-Ausschuß gebildet. — Genf, 8. März. Der deutsch-französische Vorstoß für die Minderheiten ist nun doch in einem dreigliedrigen Ausschuss geendet, der auf Vorschlag des Japaners Katsuchi gebildet und in der gestrigen Nachmittagssitzung des Rates debattiert wurde. Dem Ausschuss gehören außer Katsuchi der Spanier Quiñones de Leon und der englische Außenminister Chamberlain an. Bis zum 15. April können sämtliche Signatarstaaten der Minderheitsverträge sowie sämtliche Völkerbündelstaaten dem Ausschuss Beschlüsse einreichen. Der Ausschuss kann alle Anstufungen einholen, die er für erforderlich hält. In einer angemessenen Zeit vor der nächsten Ratstagung tritt ein „Komittee“ zusammen, in dem alle Ratsmächte vertreten sind, entweder durch die Ratsmitglieder selbst oder durch deren Stellvertreter. Das Komitee wird den vom Ausschuss einzureichenden Bericht

einer unveränderten Vorprüfung unterziehen. Die Entscheidung über die auf diese Weise aufzubereiteten Vorschläge fällt jedoch der Rat während seiner anschließenden offiziellen Tagung. Es ist anzunehmen, daß mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Frage die Ratsmitglieder auch an der Tagung des Komitees persönlich teilnehmen. Von den Beschlüssen des Rates hängt somit alles weitere ab. Ob das provisorische Arbeitskomitee, d. h. der Dreierausschuß, auch nach der Tagung seine Tätigkeit zur Behandlung weiterer Einzelfragen fortsetzen wird, steht noch dahin. Die Junitagung des Rates wird also mit einer Minderheitsdebatte eingeleitet werden.

Die Aufnahme des Kompromisses in der internationalen Presse zeigt bereits die Bedeutung des Abkommens. Während die französischen, polnischen und übrigen minderheitensprechenden Zeitungen den Beschluß des Völkerverbundes begrüßen, ist die deutsche Presse fast in ihrer Gesamtheit der Ansicht, daß es sich um „ein lautes Kompromiß“ handle. In Kreisen der deutschen Delegation in Genf geschätzt man inebels das Ergebnis als insofern befriedigend, daß der Rat vor der nächsten Tagung in seiner Gesamtheit werde zusammenzutreten müssen, um sich grundsätzlich mit der Minderheitsfrage zu befassen. Diese Tagung werde wahrscheinlich in San Sebastiano stattfinden und jedem Mitglied die Möglichkeit geben, neue Anträge und Forderungen einzubringen. Von deutscher Seite würden dabei die gleichen Anträge eingeleitet, wie bei der Stresemann auf der letzten Ratstagung vorgetragen habe.

## Finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten.

Was wird aus dem Fall Ullrich? — Genf, 8. März. Auf der heutigen Vormittagssitzung des Rates sollte ursprünglich der Fall Ullrich zur Debatte gestellt werden. Da die diplomatischen Verhandlungen darüber aber noch nicht zu Ende geführt waren, verfiel man diese Debatte und beriet den Bericht des Finanzkommissars, in dem ein Abkommen vorgeschlagen wird, das die finanziellen Mittel der Völkerbündelstaaten bei Kriegsbeginn oder Kriegsgefahr vorzieht. Zu diesem Zweck soll eine internationale Anleihe auf allen großen Märkten aufgenommen werden, wobei dem angegriffenen Staat die moralische Unterstützung in Form einer internationalen Garantie zugesichert werden soll. Der Bericht wurde schließlich angenommen.

Aus den diplomatischen Verhandlungen über den Fall Ullrich wurde noch bekannt, daß man auf deutscher Seite jetzt weniger für die Freilassung Ullrich eintritt als vielmehr Garantien anstrebt, um eine objektive Durchführung des Prozesses zu sichern. Schlicht fordert man von deutscher Seite die Entsendung eines Ratesdelegierten in den Verlauf der Gerichtsverhandlung überzugeben sollte. Naturgemäß ist diese Forderung auf den allerhöchsten Widerstand Polens, Ueber die gleiche Frage hatte Dr. Stresemann mit dem Berliner polnischen Gesandten Knoll eine Unterredung.

## Deutschland wartet das Gerichtsverfahren ab.

Der Völkerverbund trat am Vormittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der als Hauptpunkt die Beschwerte wegen der Verhaftung des Führers des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, Ullrich, stand. Zunächst kamen allerdings eine Anzahl weitere Beschwerten der deutschen und polnischen Ullrichseite zur Sprache, zu denen der Reichsanwalt Ullrich ausführte, daß die polnische und deutsche Regierung als Unterzeichner des Oberschlesien-Abkommens eine Vereinbarung getroffen hätten, die Streitfragen durch direkte Verhandlungen zu regeln. Ueber die Zulassung von Kindern zu den Minderheitschulen läge ein Gutachten der Juristen vor, wonach auch die Kinder in Minderheitschulen aufgenommen werden könnten, die die Minderheitsprache nicht genügend beherrschten. Ferner brauchten die Erziehungsbehörden auch nicht persönlich die Erklärung über die Sprachzugehörigkeit des Kindes abzugeben. Damit war der polnische Standpunkt als falsch abgewiesen. Einige Beschwerden der Polen in Oberschlesien wurden durch die bereits erfolgten Anordnungen der Regierung als erledigt erklärt. Hierauf verlas der Reichsanwalt Ullrich den Bericht über die Beschwerde des Deutschen Volksbundes über die Verhaftung Ullrich und führte dann aus, daß nach einer Erklärung die polnische Regierung nicht in das Verfahren eingreifen könne, da Ullrich auf Grund des Artikels 9 des polnischen Strafgesetzbuchs verhaftet worden sei. Auch eine internationale Organisation könne das Verfahren nicht aufhalten.

In einer kurzen Erklärung unterstrich der polnische Außenminister Jaksif die Unmöglichkeit eines Eingreifens und versicherte, daß die polnische Gerichtsbehörde alle nach der Gesetzgebung möglichen Garantien für die Öffentlichkeit des Verfahrens annehmen würde. Man dürfe nicht glauben, daß das Verfahren gegen die deutsche Minderheit gerichtet sei (?).

## Reichsaußenminister Stresemann

ergriff hierauf das Wort zu einer Erklärung, die mit Spannung angehört wurde. Nach den letzten gehörten Erklärungen, so führte er aus, nehme ich an, daß der Prozeß gegen den Reichsanwalt Ullrich im Interesse des Deutschen Volksbundes in Ratung mit Sorgfalt durchgeführt werden soll und daß der Vertreter Polens die in der Öffentlichkeit des Verfahrens liegende Garantie ebenso glaubt in Aussicht stellen zu können, wie die Garantie dafür, daß es sich nicht um ein Verfahren gegen Ullrich gegen seiner Eigenschaft als Führer der Minderheit handelt soll.

Ich möchte durchaus den Grund der Unabhängigkeit der ordentlichen Rechtspflege und habe Verständnis dafür, daß die Mitglieder des Rates jetzt nicht ohne weiteres in der Lage sind, vor der gegen Ullrich erhobenen Beschuldigung sachlich Stellung zu nehmen. Ueber demselben befehlt ich mich die Tatsache, daß die deutsche Minderheit selbst die Beschuldigung ihrer Führer als einen Beweß gegen die gescheiterte Schlichtung ansetzt und das durch in außerordentliche Erregung versetzt worden ist.

Angesichts dieser Tatsache kann ich die Angelegenheit durch die im Bericht enthaltenen und durch die Vertreter Polens abgegebenen Erklärungen nicht als erledigt erachtet ansehen. Da der Vertreter Polens selbst gesagt hat, daß die Behandlung der Angelegenheit ausschließlich von den polnischen Gerichtsbehörden abhängt, ist ein endgültiges Urteil darüber erst möglich, wenn nach Beendigung des Verfahrens sich ergeben hat, ob sich die in jenen Erklärungen ausgesprochenen Erörterungen tatsächlich erfüllt haben.

Ich muß mich deshalb, ohne dem Bericht formell zu widersprechen, aber auch ohne ihm ausdrücklich zuzustimmen, vorbehalten, nach Erledigung des Gerichtsverfahrens nötigenfalls auf die Angelegenheit vor dem Völkerverbund zurückzuführen. Ohne weitere Ausdrucksprüche werde ich den Bericht des Kommissars Ullrich vom Rat unter Stimmenthaltung des Deutschen Ratmitgliedes Dr. Stresemann angenommen.

## Nächste Ratstagung Anfang Juni in Madrid.

Der Völkerverbund hat in seiner Gesamtsitzung am Sonnabend die gleichzeitig die Tagung schloß, die Einladung des spanischen Reichsanwalts, die nächste Ratstagung in Madrid abzuhalten, angenommen. Die Tagung wird Anfang Juni stattfinden.

## „Welche Räuberhöhle!“

Großer Skandal in der Pariser Kammer. — Paris, 9. März.

Die seit Tagen herrschende Nervosität über die Kritik in Frankreich hat sich in der Kammer in einem ungewöhnlichen Zwischenfall Luft gemacht. Zum ersten Male in der Geschichte des französischen Parlamentes ist das Protokoll der vorangegangenen Kammeritzung abgelehnt worden. An sich wäre diese Ablehnung ohne große Bedeutung, wenn sie nicht mit der Begründung erfolgt wäre, daß dem Protokoll „unlautere Wadenhaken“ zugefügt wären.

Das Protokoll erwähnte, daß die Kommission für auswärtige Angelegenheiten einen Bericht in der Kammer eingebracht habe über die Wiederabgabe der Missionen gesellschaften. Diese Notiz war deshalb eingetragt worden, um eine schnellere Diskussion der neuen Gesetzentwürfe vor dem Plenum zu ermöglichen. Aber die Kommission hatte sich noch gar nicht damit befaßt. Sofort erhob sich auf den Seiten der Linken ein lebhafter Protest. Mehrere Abgeordnete beschuldigten die Regierung, daß sie hier „unlautere Wadenhaken“ angewandt habe. Es kam zu heftigen Tumulten.

Sunderlich von gekannten Mäulern wiesen auf Poincaré, der sich, weiß vor Zorn, verächtlich zu machen suchte. Minutenlang wurde seine Stimme von den erregten Zuschauern, die zwischen den Parteien hin- und hergingen, überdünnt. „Welche Räuberhöhle!“ polterte Poincaré los. „Die Regierung hat keine Wadenhaken und es ist recht seine unlauteren Wadenhaken angewandt. Aber ich weiß, ich föhrt er gegen die Linke gewandt fort, was Sie wollen. Sie wollen die Regierung führen.“

Hierauf wird der Ministerpräsident durch wütenden Tumult unterbrochen. Als er sich wieder verächtlich machen kann, betont er, man solle doch den Mut aufbringen, der Regierung in offener Schlichtung gegenüberzutreten. Wieder werden Proteste laut, donnern die Antidotes. Wieder hört man laute Aufforderungen: „Demission! Demission!“

Unter größter Aufregung schreitet die Kammer zur Abstimmung über das Protokoll, das durch Handaufheben abgelehnt wird. Nun vollführt die Rechte einen Schritt zurück. Sie schreit: „Verarr!“ Die Linke ruft: „Demission!“ Dem Präsidenten bleibt nichts weiter übrig, als die Sitzung abzubrechen.